

# SP Wasseramt

## Mehr Transparenz? – SP sagt JA

*Bericht der I. Session des Kantonsrates vom 24./ 25. Januar 2011*

Für die erste Session 2012 war eigentlich der zweite Teil der Energiedebatte angekündigt gewesen. Neun Geschäfte standen auf der Traktandenliste. Aber wir konnten nur einen Vorstoss behandeln. Andere Geschäfte wurden intensiv im Kantonsrat besprochen.

### **Ungleichbehandlung Lehrerbesoldung**

Im November 2010 wurde ein Auftrag mit nur 15 Gegenstimmen überwiesen, der verlangte, dass bei den Lehrpersonen nicht nur der Schuldienst als Erfahrung angerechnet wird, sondern auch ausserschulische berufliche Tätigkeiten. Der Regierungsrat machte also die entsprechende Änderung im Volksschulgesetz und brachte diese in den Rat. Mit der Änderung hätten bei den Lehrpersonen dieselben Regelungen gelten können, wie bei allen anderen Staatsangestellten auch. Aber nun wollte plötzlich die bürgerliche Mehrheit des Rates nicht mehr auf dieses Anliegen eintreten. Nach nur 14 Monaten traten sie aus Angst vor den Kostenfolgen nicht auf das Geschäft ein. Die SP hat sich dafür eingesetzt, dass die Anstellungsbedingungen für alle die gleichen sein sollen und dass die Ungleichbehandlung innerhalb des Staatspersonals beseitigt wird.

### **Keine Transparenz bei Parteienfinanzierung**

Die Kantone Genf und Tessin machen es vor und der Kanton Solothurn hätte die Chance gehabt die Vorreiterrolle in der Deutschschweiz zu übernehmen. Die Rede ist von der Finanzierung der politischen Parteien und der Wahl- und Abstimmungskampagnen. Die SP Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Parteien und Politiker offenlegen sollen, woher das Geld kommt und wer sie unterstützt. Doch die immer wieder geforderte Transparenz in allen Dingen gilt für die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats nicht. Hier will man die Spender nicht bekannt geben müssen, da nicht alle Spender sich offen dazu bekennen möchten. Was diese Parteien wohl zu verstecken haben? Ich war sehr überrascht, über die fundierten Kenntnisse und die Kreativität, wie danach gesucht wird, wie eine solche Regelung zu umgehen wäre. Wie aufgezeigt wurde, sei dieses Gesetz zu umgehen und darum würden wir dieses nicht brauchen – so die Zusammenfassung, die dazu führte, dass der Auftrag abgelehnt wurde. Zusätzlich wurde noch erklärt, dass die Bevölkerung gar nicht wissen wolle, woher das Geld komme. Stimmt das? Schreiben Sie mir doch Ihre Meinung dazu!

### **Endlager: SP will mehr Widerstand**

Die NAGRA hatte Mitte Januar bekannt gegeben, dass es im Kanton Solothurn noch zwei mögliche Standorte für das Endlager von radioaktivem Abfall gibt. Die SP war sehr erstaunt, dass die Regierung darauf nicht reagierte und forderte daher in einer dringlichen Interpellation Antworten. Leider wurde aus der Antwort kein erhöhtes Engagement gegen das Endlager ersichtlich. Die Angst der betroffenen Bevölkerung bleibt, dass die NAGRA den Standort wählen wird, der am wenigsten Widerstand macht!

Auffallend war, dass in vielen Voten auf das kommende Sparpaket hingewiesen wurde. Es scheint, dass die Mehrheit des Parlaments nicht mehr bereit ist eine aktive Politik zu machen. Alle Aufträge, auch wenn sie noch so berechtigt sind, werden mit dem Killerargument: „Wir müssen das Sparpaket der Regierung abwarten“ abgewiesen. Die SP Fraktion wird weiterhin eine aktive Politik für alle statt für wenige machen.

### **Für die SP Wasseramt**

*Fränzi Burkhalter - Rohner, Kantonsrätin, Biberist*



### **Mehr Infos:**

[www.sp-so.ch](http://www.sp-so.ch)

[www.sp-wasseramt.ch](http://www.sp-wasseramt.ch)